

ANTRAG

der ÖAAB&FCG-Fraktion an die 8. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

Reform des Schülergelegenheitsverkehrs

Der Schülergelegenheitsverkehr gewährleistet einen sicheren Schulweg für alle jene Schüler, die diesen nicht mit dem Linienverkehr bestreiten können. Um die Schülerfreifahrt, vor allem in den ländlichen Gemeinden aufrecht erhalten zu können, wendet der Bund jedes Jahr Mittel aus dem Familienlastenausgleichsfonds auf. In Anbetracht der Entwicklungen der Preisgestaltung und vor allem der Beförderungsrichtlinien, sind die Gemeinden oftmals gezwungen, die Differenzbeträge von oft bis zu 50 % selbst zu tragen, damit den Kindern auch weiterhin ein sicherer Weg in die Schule und wieder nach Hause ermöglicht werden kann.

Seit Jahren wird von den Gemeinden darauf gedrängt, die Durchführungsrichtlinien den Bedürfnissen der heutigen Zeit anzupassen: diese enthalten beispielsweise Regelungen hinsichtlich der Zumutbarkeit eines Fußweges (die „2-Kilometer-Regel“ bzw. „Letzte Meile“) oder auch den Schülern zumutbare Wartezeiten von einer Stunde auf den nächsten Bus im Linienverkehr, welche dazu führen, dass der Gelegenheitsverkehr immer schwerer zu realisieren ist bzw. teurer wird. Immer mehr Unternehmen ziehen sich aus diesem Bereich zurück, den Gemeinden bleibt keine Wahl, als die hohen Zusatzkosten zu tragen.

Es bedarf hier einer grundlegenden, österreichweiten Neustrukturierung des Schülergelegenheitsverkehrs mittels einer Überarbeitung und Modernisierung der rahmengebenden Richtlinien unter Miteinbeziehung der Gemeinden, der Schulen und der Verkehrsunternehmen.

In Anbetracht der hohen Brisanz dieser Problematik und der Tatsache, dass die Gemeinden in Zukunft bereits ohnehin vor hohe finanzielle Herausforderungen gestellt sein werden, sollte alternativ geprüft werden, ob die verwendeten Mittel aus dem Familienlastenausgleichsfonds den Gemeinden direkt zweckgebunden zur Gewährleistung der Schülerfreifahrt zur Verfügung gestellt werden können.

Aus diesem Grund stellt die ÖAAB&FCG Fraktion in der Salzburger Arbeiterkammer den

ANTRAG

die 8. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg fordert daher

die Bundesregierung auf,

1. eine Neuorganisation des Schülergelegenheitsverkehrs im Sinne der Präambel zu veranlassen, sowie
2. zu prüfen, ob die Mittel, die der Bund aus dem Familienlastenausgleichsfonds zur finanziellen Unterstützung des Schülergelegenheitsverkehrs aufwendet, direkt den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden können, damit diese den Schülerinnen und Schülern in ihrem Verantwortungsbereich ein bestmögliches Angebot bieten können.

Für die ÖAAB&FCG-Fraktion
FO DI (FH) Johann Grünwald
Salzburg, am 19. Oktober 2022